Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**26/AFR/0775**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Marcus Mittelstädt und AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	25.06.2026

Sogenannte „Demokratietour“ des Adenauer SRP+ und möglichen Aktivitäten an Frankfurter Schulen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.06.2026	Dezernentenberatung
02.07.2026	Stadtverordnetenversammlung

Anfrage:

Das sogenannte Projekt „Adenauer SRP+“ des Zentrums für Politische Schönheit tourt derzeit durch Deutschland und wirbt gezielt um den Zugang zu Schulen.
Unter dem Deckmantel der politischen Bildung werden dabei nach eigener Darstellung Themen wie die AfD, ein mögliches AfD-Verbot sowie Fragen von Migration, Rassismus und Rechtsextremismus behandelt.
Träger dieses Projektes ist das Zentrum für Politische Schönheit – eine Organisation, die weniger durch ausgewogene politische Bildung als vielmehr durch gezielte Provokationen, Grenzüberschreitungen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen aufgefallen ist.
Hierzu zählen unter anderem die Überwachung des Wohnumfeldes eines Oppositionspolitikers, die Einrichtung der umstrittenen „Soko Chemnitz“ zur Erfassung politischer Demonstrationsteilnehmer sowie Aktionen mit sterblichen Überresten verstorbener Migranten.

Vor diesem Hintergrund entsteht die Frage, ob Schulen als Orte politischer Bildung künftig zum Betätigungsfeld politischer Aktivisten werden sollen, deren Verständnis von Demokratie offenbar vor allem darin besteht, missliebige politische Auffassungen öffentlich zu bekämpfen.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Ist der Stadtverwaltung bekannt, ob das Projekt „Adenauer SRP+“ bereits an Schulen in Frankfurt (Oder) tätig war oder entsprechende Besuche plant?
2. Welche Schulen in Frankfurt (Oder) wurden nach Kenntnis der Verwaltung von den Organisatoren kontaktiert oder haben ihrerseits Interesse an einer Teilnahme bekundet?
3. Haben Mitarbeiter der Stadtverwaltung, städtische Gesellschaften oder sonstige öffentliche Stellen die Durchführung solcher Veranstaltungen unterstützt, vermittelt oder beworben?
4. Hält die Stadtverwaltung ein Bildungsangebot für politisch ausgewogen, dessen Träger seit Jahren durch gezielte Kampagnen gegen demokratisch gewählte Oppositionsparteien und deren Vertreter in Erscheinung tritt?
5. Wie wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler nicht einseitiger politischer Agitation

ausgesetzt werden und das im Schulwesen geltende Neutralitätsgebot gewahrt bleibt?
6. Welche weiteren externen Organisationen mit aktivistischem oder parteipolitischem Hintergrund haben seit 2024 Veranstaltungen an Frankfurter Schulen durchgeführt?
7. Wird die Stadtverwaltung künftig darauf hinwirken, dass politische Bildungsangebote an Schulen den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses entsprechen und keine parteipolitische Einflussnahme auf Schülerinnen und Schüler erfolgt?

Begründung:

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der politischen Indoktrination. Wer Schülerinnen und Schülern Demokratie vermitteln möchte, muss Pluralität zulassen und unterschiedliche politische Positionen sachlich darstellen. Organisationen, die sich selbst als politische Akteure verstehen und wiederholt durch fragwürdige Aktionen gegen politische Gegner aufgefallen sind, werfen berechtigte Fragen hinsichtlich ihrer Eignung für den Einsatz an Schulen auf. Die Öffentlichkeit hat daher ein legitimes Interesse daran zu erfahren, ob und in welchem Umfang derartige Projekte Zugang zu Frankfurter Schulen erhalten.

Wir bitten um schriftliche und mündliche Beantwortung.

Anlagen:

1	26-AFR-0775 Antwort (öffentlich)

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	